



LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 16. WAHLPERIODE
STELLUNGNAHME 16/2556
A01

**Stellungnahme zur Anhörung am 4.2.2015
„Zukunft der Geburtshilfe, der Vor- und Nachsorge für Mütter sowie ergänzende und unterstützende Angebote für Eltern und Familien durch Hebammen sichern“**

1. Einleitung

Zunächst möchten wir festhalten, worum es geht. Es geht um die prägendste und damit wichtigste Phase im Leben eines Menschen: die Geburt (dazu gehört auch die Schwangerschaft und die (erste) Bindungszeit). Es geht um das Elementarste. Wenn wir wissen wollen, wie es um ein Land steht, müssen wir uns anschauen, wie dort mit dem Anfang des Lebens umgegangen wird – und dazu gehört auch die Bezahlung und gesellschaftliche Anerkennung der Hebammen! Es geht um ein Grundrecht der Frau: das auf Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit.

Die seit Jahren durch die immens steigende Haftpflichtversicherung immer schwieriger werdende Situation der Hebammen in NRW führt dazu, dass immer mehr Hebammen die Geburtshilfe und sogar ihren Beruf ganz aufgeben müssen. Dies betrifft vor allem:

→ ca. 146.000 Neugeborene jährlich (Geburtenzahlen 2012 d. Stat. Landesamtes NRW) und damit fast 300.000 Mamas und Papas, zusammen also in NRW jährlich rund 450.000 Menschen

2. Anlass für unser Engagement

Familien brauchen Hebammen für die optimale Betreuung vor, während und nach der Geburt! Daher hat sich deutschlandweit verstärkt seit Frühjahr 2014 der Elternprotest zur Hebammenunterstützung formiert.

Auch der Initiative Kölner GeburtsTag liegt die Humanisierung der Geburtshilfe und die Förderung der Hebammenarbeit am Herzen. Schwangerschaft, Geburt und die Zeit danach sind bedeutsame, elementare Lebensabschnitte für eine Frau, ihren Partner und das Kind. Die Familie wird sich ihr Leben lang daran erinnern. Es werden grundlegende Weichen für den Rest des Lebens gestellt – vor allem beim Kind. Wir (Anette Heidkamp, Nicole Ebrecht-Fuß und Kristina Wierzba-Bloedorn) haben den Kölner GeburtsTag gegründet, um den Erhalt einer individuellen Geburtshilfe und einer positiven Geburtserfahrung zu fördern bzw. herzustellen.

Wir Eltern sehen nicht, dass die seit 2014 eingeleiteten Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung dazu führen, den Hebammenberuf zu sichern. Hebammenarbeit ist aber die Grundvoraussetzung für eine gesunde Geburtshilfe.

Antrag der FDP-Fraktion:

Wir begrüßen den Antrag der FDP-Fraktion vom 18.3.2014 und erkennen in ihm eine echte Willensbekundung, die prekäre Lage der Hebammen zu verbessern. Besonders die Festlegung einer Haftungsobergrenze und die Gründung eines öffentlichen Fonds sowie die Erhöhung der Vergütung sind Maßnahmen, mit denen wir Eltern uns absolut einverstanden erklären. Was fehlt, sind Maßnahmen, mit denen den Hebammen auf Landesebene konkret und kurzfristig geholfen werden kann.

Kritikpunkte an den derzeitigen politischen Maßnahmen:

- a. Wir bezweifeln, dass der Regressverzicht tatsächlich zur Stabilisierung oder sogar Senkung der Haftpflichtprämien beitragen wird. Er ist selbst bei ExpertInnen und innerhalb der Ministerien umstritten. Außerdem lässt der Gesetzentwurf rechtliche Fragen unbeantwortet (Stichwort Gleichbehandlung unterschiedlicher Gesundheitsberufe, Prinzip der Verursacherhaftung).
- b. Der ab 1. Juli 2015 zu zahlende Sicherstellungszuschlag für Hebammen mit wenig Geburten wird die Haftpflichtproblematik nicht ernsthaft und langfristig lösen. Wie genau diese Lösung umgesetzt wird, ist selbst zum jetzigen Zeitpunkt nicht geklärt, weswegen der Sicherstellungszuschlag den Hebammen im Sommer nicht akut helfen wird. Stattdessen müssen die Hebammen wieder draufzahlen
- c. (Freiberufliche) Hebammen erhalten für ihre Arbeit zu wenig Vergütung. Der Stundenlohn beträgt derzeit rund 8,50 Euro (Mindestlohn!!). Verhandelte Vergütungssteigerungen kommen bei den Hebammen erst Jahre später an und werden durch die gestiegenen Haftpflichtprämien direkt wieder eliminiert (Bsp: Ab Februar 2015 erhalten sie die noch ausstehende letzte Stufe der Vergütungssteigerung um fünf Prozent, welche vor fast zwei Jahren durch einen Schiedsspruch zustande gekommen ist.)

3. Situation der Geburtshilfe in NRW aus Sicht der Eltern

Quellen:

- Gespräche mit Schwangeren und jungen Eltern in Köln/ Bonn/ Münster/ Düsseldorf
- Befragungen von Mitarbeitern der Geburtshilfe in Krankenhäusern und Geburtshäusern in Düsseldorf, Aachen und Essen
- Interview mit (freiberuflichen) Hebammen der außerklinischen Geburtshilfe bzw. Beleghebammen im Rhein-Erft-Kreis, Köln und Düsseldorf
- Interview mit einer Vertreterin (freiberufliche Hebamme) des Hebammennetzwerkes Köln sowie dem Hebammenverband NRW

Ist-Situation (nicht nur in NRW)	Folgen für die Geburtshilfe sowie die Vor- und Nachsorge
<p>Hebammen steigen aus der Geburtshilfe aus oder geben ihren Beruf ganz auf.</p> <p>Hebammen arbeiten nicht mehr als sog. Beleghebammen (z.B. hat sich nach Auskunft des Aachener Geburtshauses die Zahl der Beleghebammen am Luisenhospital halbiert).</p> <p>Viele Hebammen bieten keine Vor- und Nachsorge mehr an (wurde bisher oft von angestellten Hebammen auf freiberuflicher Basis übernommen).</p>	<p>Akute Unterversorgung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. bei Vor- und Nachsorge (Frauen rufen verzweifelt bei den Hebammen und den Hebammennetzwerken an) 2. an Beleghebammen 3. an Hebammen mit Hausgeburtshilfe <p>→ 1:1-Betreuung unter der Geburt (lt. Studien die sicherste Variante für Mutter und Kind, vgl. Cochrane Review 2013) und freie Wahl des Geburtsortes ist nicht mehr gewährleistet</p> <p>→ Frauen sind immer weniger über die Geburt und die Säuglingspflege informiert und darauf vorbereitet</p> <p>→ Stillprobleme, Bindungsstörungen bei Mutter und Kind (eine stabile Eltern-Kind-Bindung führt nachweislich zu einer gesunden Entwicklung und zu besseren Bildungschancen)</p>

	<p>der Kinder)</p> <p>→ gesundheitliche Probleme von Mutter und Kind können nicht frühzeitig erkannt und behandelt werden; Gynäkologen und Kinderärzte werden den Anstieg der Konsultationen nicht bewältigen können</p>
<p>Hebammen fehlen in den Hebammenpraxen, Geburtshäusern und auch in den Krankenhäusern. Hebammennachwuchs fehlt, weil dieser Beruf immer unattraktiver wird (es verbleiben wenige Hebammen bis zur Rente in ihrem auslaugenden Job).</p>	<p>Überbelastung in den Kreißsälen, u.a.</p> <p>→ traumatische Geburtserlebnisse</p> <p>→ Erhöhung der Kaiserschnitttrate (mit sämtlichen physischen und psychischen Folgen für Mutter und Kind)</p>
<p>Allgemeines</p>	<p>Folgen für die Familien und den Steuerzahler</p>
<p>Der Wunsch nach einer Geburt im Geburtshaus, zu Hause oder im Krankenhaus mit einer Beleghebamme kann mangels Hebammen nicht erfüllt werden.</p> <p>Geburtshilfliche Abteilungen schließen in NRW und in ganz Deutschland.</p>	<p>Das Recht auf Selbstbestimmung und der freien Wahl des Geburtsortes (§ 24f SGB) besteht nicht mehr (nach § 8 der Menschenrechtskonvention sind Staaten dazu verpflichtet, das Recht der Frauen auf die freie Wahl des Geburtsortes und der Geburtsbegleitung zu garantieren, siehe Ternovskyyurteil).</p>
<p>Kaiserschnitt wird höher vergütet als eine natürliche Geburt.</p> <p>medizinische Eingriffe bei nahezu 90 Prozent der Geburten</p>	<p>Unnötige Kaiserschnitte und medizinische Interventionen</p> <p>→ die Rate pathologischer und Sectio-Geburten wird steigen – mit massiven Folgen z.B. beim Kind: Asthma, Diabetes, Allergien, Übergewicht, Verhaltensauffälligkeiten...</p> <p>→ weniger Folgeschwangerschaften</p> <p>→ Probleme bei Folgeschwangerschaften</p> <p>→ unnötige Kosten für das Gesundheitssystem</p> <p>Steigt die Kaiserschnitttrate über die von der WHO empfohlenen 15%, steigt auch die Mütter- und Säuglingssterblichkeitsrate (Quelle: http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/birt.12104/abstract)</p>
<p>Mütter sind nicht ausreichend über ihr Recht auf Betreuung durch eine Hebamme und die (außerklinische) Geburtshilfe aufgeklärt.</p>	<p>→ Fremdbestimmung in den Kreißsälen</p> <p>→ Geburt wird als Krankheit und Risiko wahrgenommen (Ängste bauen sich auf)</p> <p>→ der Start ins Leben mit Kind wird empfindlich gestört</p> <p>→ unnötige Kosten für die Allgemeinheit</p>

4. Lösungsansätze auf Landesebene

Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Hebammen ihren Beruf angemessen und kostendeckend ausüben können (siehe auch Forderungen) und der Hebammenberuf wieder attraktiv wird; denkbar wären z. B.

- Ausbau des Systems der Beleghebammen
- Einrichtung von Hebammenzentren (Anmerkung: Hebammen können dies nur sehr schwer selbst leisten, da sie wegen ihrer prekären Situation keine Kredite erhalten.)
- lösungsorientierte Gespräche mit Betroffenen (Eltern und Hebammen) auf allen politischen Ebenen
- Aufklärungsarbeit in Schulen und Familieneinrichtungen (z. B. darüber, dass Hebammen Geburten alleine leiten dürfen und für einen Arzt immer die Hinzuziehungspflicht einer Hebamme gilt); durch Familienhebammen, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und andere Organisationen und Fachleute (SexualpädagogInnen)
- niederschwellige Angebote weiter ausbauen („Frühe Hilfen“, Familienhebammen usw.)
- Thema Hebammenhilfe muss auch in den Fokus der Frauenpolitik rücken (Recht auf Selbstbestimmung und Unversehrtheit vor, während und nach der Geburt ist ein Frauenrecht; laut WHO Recht auf höchstmöglichen Gesundheitsstandard; das ist bei der Sectiotrate und der Morbiditätsrate nicht der Fall! (Quelle: <http://humanrightsinchildbirth.com/right-to-health/>)
- (vorübergehende) finanzielle Bezuschussung der Hebammen mit außerklinischer Geburtshilfe und von Beleghebammen (z. B. gibt es Krankenhäuser, die ihren Beleghebammen einen Zuschuss gewähren)

Wir fordern außerdem eine neue Denkweise bzgl. Geburtshilfe:

- Die höchsten Schadensfälle in der Geburtshilfe sind bei Klinikgeburten aufgetreten (Quelle: <http://www.bcmidwives.com/risk-management> und "Stellungnahme des DHV zur Qualität in der freiberuflichen Hebammenarbeit/Mindestmengen in der außerklinischen Geburtshilfe")
- das Krankenhaus ist nur bei pathologischer Schwangerschaft oder Geburtsverlauf der sicherste Ort; bei gesunden Schwangeren gelten auch außerklinische Geburtsorte (zu Hause oder im Geburtshaus) als absolut sicher (vgl. www.quag.de)

5. Forderungen der Eltern

(vgl. <http://www.hebammenunterstuetzung.de/news/2014/4/16/familien-fordern>)

1. Wir fordern das Recht auf die selbstbestimmte Geburt mit der freien Wahl des Geburtsortes sowie der Begleitung durch eine Bezugshebamme im Schlüssel 1:1 !
2. Wir fordern die Neuausrichtung der Schwangerenvorsorge!
3. Wir fordern eine Neuausrichtung der klinischen Geburtshilfe!
4. Wir fordern ein Vergütungssystem, das geringe medizinische Interventionen prämiert!
5. Wir fordern den Erhalt und Ausbau der häuslichen Wochenbettbetreuung durch frei gewählte Hebammen!
7. Wir fordern die Einrichtung eines Haftungsfonds für alle Gesundheitsberufe!

Anette Heidkamp
Kristina Wierzba-Bloedorn
Nicole Ebrecht-Fuß
(Veranstalterinnen Kölner GeburtsTag)
Katharina Desery (für Hebammenunterstützung/Elternprotest NRW)

Köln, 28. Januar 2015

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!